

Zur Überwachung der Telekommunikation

Steffen Dittes: Bedingungen sind besserer Datenschutz und parlamentarische Kontrolle

Der Thüringer Landtag hat in seiner Beratung am 29. September dem Staatsvertrag zum geplanten Zentrum zur Telekommunikationsüberwachung (GKDZ, Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung) in einem Fünfländer-Verband seine Zustimmung gegeben. Dazu erklärte der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Steffen Dittes:

„Die rot-rot-grüne Koalition zeigt, dass sie für eine bürgerrechtsorientierte Sicherheitspolitik steht, die die Sicherheitsbedürfnisse und Schutz- und Grundrechte sorgfältig abwägt. Statt die Errichtung der geplanten Anstalt ‚durchzuwinken‘, haben die Koalitionsfraktionen parallel zum Staatsvertrag mit einem Entschließungsantrag inhaltliche und formale Leitplanken eingezeichnet.“

Dazu zählen die Stärkung des Datenschutzes und der technischen Sicherheit, die Gewährleistung, dass Daten nach Ländern getrennt sein müssen, der Ausbau der parlamentarischen Kontrolle und die Bedingung, dass es keine Ausweitung auf neue Befugnisse geben darf. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen müssen dem Innenausschuss des Thüringer Landtages vorgestellt werden, ehe ein solches Zentrum 2019 in Sachsen in Betrieb gehen darf.

Verfassungsschutz muss draußen bleiben

In der Landtagsdebatte hatte Steffen Dittes u.a. deutlich gemacht, warum neben der gesetzlichen Grundlage Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung auch von praktischer Relevanz für die Polizei sind. Er verwies auf Ermittlungen zur Organisierten Kriminalität und auf die Verhinderung von

Anschlägen durch Neonazis. Zugleich hatte er auf die Risiken des damit einhergehenden tiefen Grundrechteingriffs aufmerksam gemacht. Der Abgeordnete erinnerte in diesem Zusammenhang an die millionenfache Handyüberwachung bei Anti-Nazi-Protesten in Dresden, die später für rechtswidrig



erklärt wurde, oder die in diesem Jahr bekannt gewordenen haltlosen Überwachungen im Umfeld der Leipziger Fußballszene, bei der auch Journalisten, Ärzte, Anwälte und Sozialarbeiter ins Visier geraten sind.

Das TKÜ-Zentrum wird nur technische Hilfstätigkeiten übernehmen. Vollzugspolizeiliche Aufgaben und die Auswertungen von Daten bleiben bei der Polizei der Länder. Steffen Dittes machte aber im Parlament weitere Bedenken der LINKEN klar: „In der Vergangenheit war immer wieder zu beobachten, dass neu geschaffene technische Möglichkeiten Begehrlichkeiten wecken, immer weiter in Grundrechte einzugreifen und Rechtsgrundlagen entsprechend auszudehnen. Dass auch der Thüringer Verfassungsschutzpräsident eine Anbindung des Geheimdienstes an das TKÜ-Zentrum öffent-

lich forderte, bevor der Staatsvertrag von den Innenministern unterzeichnet wurde, macht dieses Spannungsfeld deutlich. Wir stellen uns dieser Ausweitung entgegen, denn für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind Polizei und Staatsanwaltschaft zuständig. Insofern ist es richtig, dass der Thüringer

Landtag diesem Bestreben nunmehr per Beschluss einen Riegel vorgeschoben hat und der Verfassungsschutz draußen bleiben muss.“

Die Koalitionsfraktionen haben die Landesregierung gebeten, darauf hinzuwirken, dass vor Inbetriebnahme der Anstalt ein Konzept zur Umsetzung des Kernbereichsschutzes privater Lebensgestaltung erarbeitet wird und in den

Aufbau der Anstalt einfließt, bei der auch der Schutz der Berufsgeheimnisträger gewährleistet werden soll. Ebenso sollen Dokumentationspflichten in der Anstalt eingeführt und die Voraussetzungen geschaffen werden, dass auch Abgeordnete Betretungs- und Akteneinsichtsrechte erhalten. Um die Transparenz zu stärken, soll zudem eine Dokumentationslücke geschlossen werden: Bisher wird der Thüringer Landtag nur über präventive TKÜ-Maßnahmen nach Landespolizeiaufgabengesetz informiert, mit Errichtung des TKÜ-Zentrums sollen auch die Zahl, Umfang und Dauer aller Thüringer Abhörmaßnahmen nach der Strafprozessordnung erhoben und einmal jährlich an den Landtag übermittelt werden.

Foto: Steffen Dittes bei einer Fraktionssitzung

VON A BIS Z:

Welternährungstag

Zum Welternährungstag am 16. Oktober hatte Diana Skibbe, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, gesagt: „Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht. Derzeit hungern 800 Millionen Menschen. Die Hälfte der Weltbevölkerung ist fehlernährt. Zugleich steigt die Anzahl an übergewichtigen Menschen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Folgen des Klimawandels und der Rückgang der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen haben die Situation in den Entwicklungsländern dramatisch verschärft. Die Entwicklungshilfe und die Hilfsprogramme der internationalen Staatengemeinschaft müssen gestärkt werden. Wir brauchen endlich eine am Menschen orientierte Entwicklungspolitik.“

Im Gegensatz zu Unterernährung ist die qualitative Mangelernährung auf eine Fehlernährung zurückzuführen. Die Menschen leiden an einer Unterversorgung an lebenswichtigen Vitaminen und Nährstoffen. Diana Skibbe spricht sich für regionale, gesunde und qualitativ hochwertige Verpflegung insbesondere in Schulen und Kindertagesstätten aus und betont: „Wir müssen die politischen Weichen stellen für eine ausreichende und ausgewogene Ernährung aller Menschen und dazu eine bildungspolitische Offensive starten. Zudem muss eine Stärkung des regionalen Kreislaufs mit Blick auf Ressourcenschonung erfolgen und das Bewusstsein für saisonale und unbehandelte Produkte erhöht werden.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt von Mittwoch, den 1. November, bis Freitag, den 3. November, sowie von Mittwoch, den 13. Dezember, bis Freitag, den 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Wintertourismus

Der Landtag hat in seiner Septembersitzung einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, bei dem es darum geht, dass die Wintertourismusregionen in Thüringen im Rahmen eines ganzheitlichen Tourismusangebots für das ganze Jahr gestärkt werden. Nach einer ausgiebigen Befassung im Wirtschaftsausschuss haben sich die Fraktionen von Rot-Rot-Grün auf einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog für die Wintertourismusregionen verständigt. „Wir setzen dabei den Fokus auf ein funktionierendes Ganzjahresangebot, das die Winterabhängigkeit reduziert. Wir wollen das Wintersportzentrum Thüringer Wald zum ganzjährigen Tourismusmagneten entwickeln“, betonte Knut Korschewsky (LINKE).

Mehrfachjobber

Wie der MDR Thüringen unter Berufung auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit meldete, sind immer mehr Menschen im Freistaat auf mehrere Jobs angewiesen. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Mehrfachbeschäftigten kontinuierlich von 31.000 auf jetzt 44.000. Das ist eine Zunahme von knapp 30 Prozent.

Nach den Angaben müssen 34.000 Beschäftigte neben ihrer sozialversicherungspflichtigen Arbeit noch mindestens einen geringfügigen Job annehmen. 6.400 Beschäftigte haben mindestens zwei sozialversicherungspflichtige Jobs. Mehr als 4.000 Menschen üben zwei geringfügige Beschäftigungen aus. Bundesweit sind die Zahlen ähnlich.

Hartz-IV-Bezieher

Wie die Landesarbeitsagentur informierte, ist die Zahl der Hartz-IV-Bezieher in Thüringen spürbar gesunken. Im Frühjahr erhielten rund 157.000 Menschen Hartz IV, fast 30.000 weniger als vor fünf Jahren. Damit reduzierte sich die Hartz-IV-Quote von über elf auf 9,5 Prozent, die niedrigste in Ostdeutschland. Die Stadt Gera hat in Thüringen den höchsten Anteil mit 16,8 Prozent der Bewohner, die Hartz IV beziehen. Den zweithöchsten Anteil hat der Landkreis Altenburger Land mit 13,5 Prozent, an dritter Stelle liegt die Stadt Erfurt mit 13,1 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren. Dagegen weist laut Arbeitsagentur der Kreis Hildburghausen mit 4,8 Prozent die niedrigste Quote aus.